

Wochendienst

Nr. 33

vom 29. August 2014

Redaktion: Katja Richardt

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Schule, Jugend und Berufsbildung

Neuer Elternratgeber: Kulturelle und religiöse Vielfalt in der Schule	2
2013: Schulbau mit neuem Rekord.....	3

Wissenschaft und Forschung

Mehr Transparenz bei der Studienplatzvergabe	5
Grundsteinlegung für das Zentrum für strukturelle Systembiologie (CSSB) auf dem Forschungscampus Hamburg-Bahrenfeld	6

Verkehr

Ausbau der E-Mobilität nimmt Fahrt auf!.....	8
Vorfahrt für E-Mobile – Hamburg bringt den Ausbau seiner E-Flotte voran.....	10
Elektroauto als neuer Dienstwagen für Senatskanzlei	15

Justiz

Jugendarrest in Hamburg	16
Hamburger Initiative zur Bekämpfung der Hasskriminalität erfolgreich	19

Kultur

Eröffnung der Ohlendorff'schen Villa als Kultur- und Begegnungsstätte in Volksdorf.....	20
---	----

Zur Information

Terminkalender	22
----------------------	----

25. August 2014/bsb25

Neuer Elternratgeber: Kulturelle und religiöse Vielfalt in der Schule

Themen: Religiöse Feste und Feiern, Sport- und Schwimmunterricht, Sexualerziehung und Schulfahrten

Die 40-seitige Broschüre ist nützlicher Ratgeber und verbindliche Orientierungsquelle für alle Eltern rund um die zentralen Themen, die sich aus der kulturellen und religiösen Vielfalt der Hamburger Schülerinnen und Schüler ergeben: religiöse Feste und Feiern, Sport- und Schwimmunterricht, Sexualerziehung und Schulfahrten. Das Heft ist nun in insgesamt acht Sprachen in den Schulen zu bekommen.

Die Autoren der Beratungsstelle Interkulturelle Erziehung am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) beantworten kurz und bündig die wichtigsten kulturell oder religiös bedingten Fragen des Schulalltags: Welche Bedeutung haben religiöse Feste und Feiern für das Schulleben? Was muss während der Fastenzeit im Islam im Unterricht beachtet werden? Welche Bedeutung hat der Sport- und Schwimmunterricht und wie lässt sich dies mit religiösen oder kulturellen Vorschriften vereinbaren? Was müssen Eltern zu Sexualerziehung und Schulfahrten wissen? Wo finden sie weitere Beratung und Information?

Antworten zu all diesen Fragen lassen sich nun auch in Arabisch, Englisch, Farsi, Französisch, Russisch, Spanisch und Türkisch im Elternratgeber „Vielfalt in der Schule“ nachlesen.

Die Hefte sind in vielen Schulen erhältlich sowie auf der Website des Landesinstituts als Download: www.li.hamburg.de/bie/material

Für Rückfragen der Medien:

Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI)

Beratungsstelle Interkulturelle Erziehung (BIE)

Tel. (040) 42 88 42-581 oder -583

E-Mail: regine.hartung@li-hamburg.de

Internet: www.li.hamburg.de/bie

27. August 2014/bsb27

2013: Schulbau mit neuem Rekord

Im Jahr 2013 wurden 320 Mio. Euro für den Schulbau ausgegeben

Im Jahr 2013 verzeichnete der Schulbau in Hamburg einen bislang unerreichten Rekord: Für Neubau, Sanierung und Instandhaltung der staatlichen Hamburger Schulen wurden insgesamt 320 Mio. Euro ausgegeben. Das erklärt Senator Rabe anlässlich der heutigen Bürgerschafts-Debatte über den Schulbau. Rabe weiter: „Wir haben die Ausgaben für den Schulbau dramatisch gesteigert. Denn schöne und moderne Schulen sind ein wichtiger Beitrag für eine bessere Schulbildung. Deshalb wollen wir den jahrzehntelangen Verfall der Hamburger Schulen stoppen und an vielen Standorten dringend benötigte, zusätzliche Schulgebäude errichten.“

„In den vergangenen Jahren ist der Schulbau sträflich vernachlässigt worden“, so Rabe weiter in seiner Bürgerschaftsrede, „in den Jahren 2002 bis 2010 wurden jährlich durchschnittlich lediglich rund 150 Mio. Euro für den Schulbau ausgegeben. Das war viel zu wenig und hat auch dazu beigetragen, dass wir heute umso größere Anstrengungen unternehmen müssen, um die Schulen baulich auf einen vernünftigen Stand zu bringen. Besonders niedrig waren die Schulbau-Investitionen übrigens in den Zeiten der CDU-Regierung, wo zeitweilig weniger als 120 Mio. Euro pro Jahr ausgegeben worden sind. Bildung ist für den heutigen Senat dagegen das zentrale Thema und deshalb investieren wir viel Geld für mehr Lehrer, besseren Unterricht und bessere Schulgebäude.“

Rabe führte weiter aus: „Wir wollen ab jetzt jedes Jahr rund 350 Mio. Euro für den Schulbau investieren, davon 300 Mio. Euro durchschnittlich für die allgemeinbildenden Schulen und rund 50 Mio. Euro durchschnittlich für die berufsbildenden Schulen. Von 2013 bis 2019 werden somit rund 2 Mrd. Euro für den Schulbau an den allgemeinbildenden und von 2012 bis 2024 zusätzlich 676 Mio. Euro für die berufsbildenden Schulen zur Verfügung gestellt.“

Diese umfangreichen Programme sind notwendig, um den Verfall der Schulgebäude zu stoppen, um Platz für die deutlich wachsenden Schülerzahlen zu schaffen und um Hamburgs Schulgebäude an die im Hamburger Schulfrieden vereinbarte Schulstruktur aus 4-jähriger Grundschule, Stadtteilschule und Gymnasium anzupassen. Wie dringend eine Verbesserung des Schulbaus ist, zeigt die Lage vieler Stadtteilschulen. Die Planung sieht unter anderem vor, 13 der 59 Stadtteilschulen Hamburgs komplett zu sanieren oder ganz und gar durch neue, schönere Schulgebäude zu ersetzen. Dazu zählen beispielsweise der Neubau der Stadtteilschule Steilshoop, der Goethe-Schule Harburg, der Stadtteilschule Lurup oder auch der Stadtteilschule Kirchwerder.“

In diesen Zusammenhang stellte Rabe auch klar: „Der gewaltige Ausbau der Hamburger Schulen muss einhergehen mit vernünftigen Maßstäben. Es kann nicht sein, dass sich in der einen Schule die Schülerinnen und Schüler wie die Ölsardinen drängen, während die andere Schule zahlreiche leerstehende Klassenräume aufweist. Deshalb verbindet der Senat das Schulausbauprogramm erstmals mit klaren Maßstäben für alle Hamburger Schulen. Davon profitieren die allermeisten Schulen, weil Sie endlich den lange ersehnten Schulbau bekommen. Umgekehrt werden wir uns wenige Schulen mit hohen Leerständen genau angucken und in Gesprächen mit der Schule selbst Lösungen für eine optimale Nutzung der Schulgebäude entwickeln. Sinnlose Leerstände sind für alle Beteiligten teuer und blockieren an anderer Stelle dringend benötigte Zubauten. Die zugrunde gelegten Maßstäbe sind außerordentlich großzügig. So geht die Schulplanung beispielsweise davon aus, dass für eine Grundschulklasse mit 19 Kindern ein Klassenraum mit einer Größe von 72 m² zuzüglich Differenzierungsflächen von 12 m² zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus gibt es für diese Grundschulklassen natürlich noch weitere Fachräume. Kein anderes Bundesland stattet seine Schulen mit so großzügigen Flächen aus.“

Für Rückfragen der Medien:
Behörde für Schule und Berufsbildung
Peter Albrecht, Pressesprecher
Tel. (040) 42863 – 2003
E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bsb

26. August 2014/bwf26

Mehr Transparenz bei der Studienplatzvergabe Wissenschaftsbehörde und Hochschulen schließen erstmalig Kapazitätsvereinbarungen ab

Mit dem Gesetz zur Neuordnung des Kapazitätsrechts vom 14. März 2014 hat der Senat das Kapazitätsrecht, mit dem freie Studienplätze an den staatlichen Hochschulen ermittelt und festgesetzt werden, in Hamburg grundlegend reformiert. Das neue Recht sieht vor, dass die Zulassungszahlen der Hochschulen in den einzelnen Studiengängen nicht mehr – wie bisher – einseitig von der Behörde durch Rechtsverordnung festgelegt, sondern von Behörde und Hochschule gemeinsam vereinbart werden. Die Vereinbarungen sind mit einer ausführlichen Begründung zu versehen und der Bürgerschaft vorzulegen.

Auf diese Weise wird mehr Transparenz hergestellt, da die Erwägungen und Planungsziele von Staat und Hochschule offengelegt werden. Mit diesem neuen Verfahren betritt Hamburg bundesweit Neuland und setzt sich an die Spitze der Reformbemühungen um ein modernes Kapazitätsrecht.

Ziel des Gesetzes und damit der Kapazitätsvereinbarungen ist es, an den staatlichen Hochschulen qualitativ hochwertige Studienbedingungen zu gewährleisten, die ein hohes Ausbildungsniveau und einen guten Studienerfolg ermöglichen. Zugleich soll die Neukonzeption den Hochschulen Gestaltungsraum für autonome Schwerpunktsetzungen in der Lehre wie in der Profilierung der Studienangebote einräumen und schließlich die Nachfrage nach Studienplätzen angemessen befriedigen. Die Wissenschaftsbehörde hat in den letzten Monaten mit den staatlichen Hamburgischen Hochschulen entsprechende Kapazitätsvereinbarungen abgeschlossen, die jetzt der Hamburgischen Bürgerschaft vorgelegt werden.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Wissenschaft und Forschung
Pressesprecher
Dr. Alexander v. Vogel
Tel: 040/42863-2232
E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

29. August 2014/bwf29

Infektionen von Grund auf verstehen

Grundsteinlegung für das Zentrum für strukturelle Systembiologie (CSSB) auf dem Forschungscampus Hamburg-Bahrenfeld

Auf dem Forschungscampus Hamburg-Bahrenfeld wird heute der Grundstein für das Zentrum für strukturelle Systembiologie (CSSB) gelegt. Mit dem CSSB wird in Deutschland ein international bislang einmaliges Zentrum zur Erforschung von Krankheitserregern aufgebaut. Die Funktionsweise von Viren, Bakterien und Parasiten auf molekularer Ebene steht dabei im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Untersuchungen. International renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die für das CSSB erfolgreich rekrutiert wurden, helfen dabei, Ansatzpunkte für neue Medikamente gegen Infektionen zu finden.

„Mit dem CSSB erfolgt der Brückenschlag zwischen physikalischer Grundlagenforschung und den Lebenswissenschaften. Das CSSB ist ein weiterer Baustein in unserem Plan, Hamburg und den Forschungscampus Bahrenfeld weiter als internationalen Spitzenstandort für Strukturforschung zu etablieren und die bestehenden Kooperationen auszubauen. Schon jetzt zieht das CSSB hervorragend ausgewiesene internationale Wissenschaftler an. Es ist ein wichtiges Signal, dass die norddeutschen Länder dabei eng zusammenarbeiten und vom Bund tatkräftig unterstützt werden. Mein Dank gilt allen Partnern dieses Projekts“, sagte die Hamburger Wissenschaftssenatorin **Dorothee Stapelfeldt**.

„Wie die aktuelle Ebola-Epidemie in Afrika zeigt, ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir von Grund auf verstehen, wie Krankheitserreger funktionieren. Der Neubau für das CSSB schafft dafür notwendige Voraussetzungen und hilft uns diese globale Herausforderung effektiver anzugehen“, sagte **Georg Schütte**, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung.

„Die Grundsteinlegung für das CSSB ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer gemeinsamen strukturbioologischen Forschung in Norddeutschland. Das neue, interdisziplinäre Forschungszentrum bündelt die vorhandenen Stärken, macht sie sichtbar und eröffnet neue Möglichkeiten, länderübergreifend auf diesem wichtigen Gebiet zu forschen“, sagte **Andrea Hoops**, Staatssekretärin im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur.

Das CSSB hat auf dem Campus Bahrenfeld direkten Zugang zu neusten wissenschaftlichen Großgeräten des Forschungszentrums Deutsches Elektronen-Synchrotron (DESY). Dazu zählen die Röntgenlichtquellen PETRA III und FLASH sowie der europäische Röntgenlaser European XFEL. Dieser geht, wie das CSSB, im Jahr 2016 an den Start. Diese Forschungslichtquellen ergeben in Kombination mit dem CSSB eine Vielzahl von Untersuchungsmöglichkeiten, die unter anderem das

Zusammenspiel von Proteinen bei Infektionen entschlüsseln sollen. Dieser große Standortvorteil macht das CSSB für Forscherinnen und Forscher hochattraktiv und weit über die Grenzen Deutschlands sichtbar.

Im CSSB kooperieren universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in einem interdisziplinären Umfeld. Zurzeit gehören zum CSSB die Universität Hamburg, das Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin, das Heinrich-Pette-Institut - Leibniz-Institut für Experimentelle Virologie, die Universitätsklinik Hamburg-Eppendorf, das Braunschweiger Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung, das Forschungszentrum Jülich, das Europäische Laboratorium für Molekularbiologie, die Medizinische Hochschule Hannover und DESY. Eine schwedische Forschungsgruppe vom renommierten Karolinska-Institut aus Stockholm ist ebenfalls am CSSB beteiligt.

Der drei Stockwerke umfassende CSSB-Forschungsbau wird auf rund 13 000 Quadratmetern Platz für 180 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen bieten. Die Labore werden mit modernsten Geräten wie beispielsweise Kryo-Elektronenmikroskopen ausgestattet. Sie helfen dabei, sowohl die räumliche als auch zeitliche Interaktion von Einzelbestandteilen von Makromolekülen, wie beispielsweise Proteinen, besser zu verstehen. Der Bau und die Geräteerausstattung mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von bis zu 50 Millionen Euro werden zu 73 Prozent vom Bund, zu 17 Prozent von Hamburg und zu 10 Prozent von Niedersachsen getragen.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Wissenschaft und Forschung
Pressesprecher, Dr. Alexander v. Vogel
Tel: 040/42863-2232

E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

Pressestelle Bundesministerium für Bildung und Forschung
Tel.: +49 (0) 30 / 18 57 - 50 50
Fax: +49 (0) 30 / 18 57 - 55 51
E-Mail: presse@bmbf.bund.de

Pressestelle Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Tel. +49 (0) 511 / 120 - 2603
Fax +49 (0) 511 / 120 99 - 2603
E-Mail: pressestelle@mwk.niedersachsen.de

26. August 2014/bwvi26

Ausbau der E-Mobilität nimmt Fahrt auf!

Senat legt Masterplan zur Ladeinfrastruktur vor

Hamburg baut seine Vorreiterstellung bei der Elektromobilität weiter aus und gibt hierbei die Richtung auch für andere Metropolen vor: der Senat hat heute einen Masterplan zum Aufbau öffentlich zugänglicher Ladestationen für Elektroautos beschlossen und damit erstmals ein zentrales Planungs- und Umsetzungsinstrument für den bedarfsgerechten Ausbau der Elektromobilität geschaffen.

Das Angebot der für jedermann nutzbaren Ladeplätze soll vervierfacht werden. Ziel ist es, bis Mitte 2016 im Hamburger Stadtgebiet die bisherigen Ladeplätze auf 592 aufzustocken, darunter an 70 Standorten mit leistungsstarkem Gleichstrom(DC)-Schnellladen. Damit werden für die wachsende Anzahl von Elektroautobesitzern neue Angebote an 227 zusätzlichen Standorten geschaffen, verteilt über alle sieben Hamburger Bezirke. Hierzu werden insgesamt rund 4,7 Mio. Euro Bundes- und Landesmittel bereitgestellt.

Wesentliche Inhalte des Masterplans:

- Errichtung und Betrieb der Ladesäulen liegen in der zentralen Koordinierungsverantwortung der städtischen Stromnetz Hamburg GmbH;
- Die Vorgaben für öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur werden vereinheitlicht.
- Ladeinfrastruktur auf privat-gewerblichen, aber öffentlich zugänglichen Flächen kann künftig öffentlich gefördert werden.
- Bezahlung soll künftig auch über eine Smart-Phone-App möglich sein.
- Künftig gibt es App-gestützte Informationen über Standorte und Verfügbarkeit der Ladesäulen. Dieser erleichterte Zugang wird Anfang 2015 durch das erwartete Inkrafttreten einer bundesweiten Rechtsänderung zur sanktionsbewehrten Freihaltung der Ladeplätze unterstützt werden.

Frank Horch, Senator für Wirtschaft, Verkehr und Innovation: „Die Elektromobilität in Deutschland steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Mit dem heute vom Senat beschlossenen Masterplan Ladeinfrastruktur unternehmen wir in Hamburg einen wichtigen Schritt, auf dessen Grundlage in den kommenden Jahren ein systematischer und bedarfsgerechter Ausbau von Ladeplätzen für Elektroautos erfolgen kann. Für heutige und künftige Nutzer von Elektroautos ist dies ein wichtiges Signal, dass es sich lohnt, auf einen umweltverträglichen Elektro-Antrieb umzusteigen.“

Hintergrund:

In Hamburg sind (einschließlich Metropolregion) derzeit rd. 950 Elektroautos im Einsatz. Im Rahmen von Förderprojekten des Bundes ist vorgesehen, bis 2016 weitere insgesamt 750 Elektrofahrzeuge bei Unternehmen, im öffentlichen Sektor sowie im quartiersbezogenen Carsharing in die praktische Anwendung zu bringen. Hinzu kommen die laufenden Beschaffungsinitiativen von Handels- und Handwerkskammer, die jeweils hohe Zielzahlen beinhalten (je 1.000 Elektrofahrzeuge). Vor dem Hintergrund, dass überdies auch die Nachfrage im privaten Sektor in den beiden kommenden Jahren kontinuierlich zunehmen wird, rechnet der Senat bis Ende 2016 mit bis zu 5.000 batterie-elektrischen Fahrzeugen und Plug-In-Hybriden.

Heute stehen den Nutzern von Elektrofahrzeugen in Hamburg bis zu 140 Ladeplätze, davon 100 im öffentlichen Straßenraum und auf P+R-Plätzen, zur Verfügung. Es ist obligatorisch, dass dort nur zertifizierter Grünstrom zum Einsatz kommt. Die seit Anfang 2011 von Vattenfall Europe Innovation und Hamburg Energie im Straßenraum betriebenen Ladesäulen sind mittlerweile zunehmend besser frequentiert. Allein im Zeitraum von April bis Juli 2014 ist die Anzahl der Ladevorgänge um 40% gestiegen. Technologisch konnten in den vergangenen Jahren bei der Leistungsfähigkeit der Ladesäulen sowie auf Fahrzeugseite signifikante Verbesserungen erzielt werden. Die mit Wechselstrom betriebenen Ladesäulen im Hamburger Straßenraum wurden vielfach nachgerüstet und gewährleisten hierdurch einen lediglich 60-minütigen Ladevorgang. Die mit Gleichstrom betriebenen Schnellladestationen können sogar in einer Zeit von 30-40 Minuten einen Ladevorgang weitgehend realisieren. Der Masterplan sieht vor, dass bis 2016 an 70 Standorten im Stadtgebiet sogenannte *Triple-Charger* installiert werden, die sowohl das gleichstromgeführte Schnellladen als auch das wechselstromgeführte Laden ermöglichen.

Nach geltendem Recht sind Ladesäulen für Elektrofahrzeuge nicht Einrichtungen des Stromverteilnetzes, ihre Errichtung und Betrieb bedürfen daher ordnungsrechtlich einer Sondernutzung nach § 19 Hamburgisches Wegegesetz, für deren Erteilung in Hamburg die Bezirksämter zuständig sind. Straßenverkehrsrechtlich besteht keine Handhabe, die Stellflächen an Ladesäulen zugunsten der Nutzer von Elektrofahrzeugen von anderen Fahrzeugen freizuhalten. Aus diesem Grund hatte der Senat Mitte 2013 eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die Ende 2013 zu einem einstimmigen Bundesratsbeschluss und in der Folge dann zur Vorlage eines weitgehend inhaltsgleichen Gesetzes- und Verordnungsentwurfs der Bundesregierung geführt hat. Nach derzeitigen Plänen soll die Rechtsänderung zum 01.02.2015 in Kraft treten und würde dann auch in Hamburg eine rechtssicher durchsetzbare Bevorrechtigung von Elektroautos an den Ladeplätzen ermöglichen.

Alles zur E-Mobilität in Hamburg finden Sie hier:

<http://www.elektromobilitaethamburg.de/>

Rückfragen der Medien:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Helma Krstanoski

Tel.: 040 42841 – 1326 oder 2239

e-mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

www.hamburg.de/bwvi

26.08.2014/fb26

Vorfahrt für E-Mobile – Hamburg bringt den Ausbau seiner E-Flotte voran

Vorrang für Elektrofahrzeuge bei Ersatzbeschaffungen

Zum Jahresende werden bereits mindestens 70 von rd. 240 Behördenfahrzeugen in Hamburg einen Elektroantrieb haben. Damit übernimmt die Stadt bundesweit eine Vorreiterrolle.

Der Senat hat die Behörden im aktuellen Masterplan Klimaschutz verpflichtet, ab sofort vorrangig Elektrofahrzeuge im PKW und Nutzfahrzeug-Bereich bis 3,5 t einzusetzen. In diesen Segmenten gibt es bereits ein entsprechendes serienmäßiges Angebot. Gleichzeitig wird die Beschaffung von herkömmlichen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren reguliert und eingeschränkt. Die Kraftfahrzeugrichtlinien der Stadt wurden heute per Senatsbeschluss entsprechend geändert.

Übersicht über die bereits beschafften oder bestellten E-Fahrzeuge:

E-Fahrzeuge im Rahmen des vom Bund geförderten Projekts "Hamburg-Wirtschaft am Strom":

im Einsatz
im Zulauf bis Ende 2014

E-Fahrzeuge außerhalb des Projekts:

im Einsatz				
Bedarfsträger	Fahrzeug im Einsatz	Fahrzeuge "im Zulauf"	Fahrzeugmodell	Fahrzeugeinsatz ab (Monat/Jahr):
BA Bergedorf	1		Mitsubishi iMiev	Mai 13
BA Bergedorf	1		Mitsubishi iMiev	Mai 13
BA Bergedorf	1		Mitsubishi iMiev	Mai 13
BA Bergedorf		1	E-Smart	April 14
BA Bergedorf		1	E-Smart	August 14
BA Bergedorf		1	E-Smart	August 14
BA Bergedorf		1	E-Smart	Juli 14
BA Harburg	1		E-Smart	Juni 13
BA Harburg	1		Mitsubishi iMiev	Juli 13
BA Harburg	1		Mitsubishi iMiev	Juli 13
BA Harburg		1	VW E-Up	August 14
BA Harburg		1	VW E-Up	August 14
BA Harburg		1	VW E-Up	August 14
BA Harburg		1	VW E-Up	sobald als möglich 2014
BA Harburg		1	VW E-Up	dto.
BA Harburg		1	VW E-Up	dto.
BA Harburg		1	VW E-Up	dto.
BA Harburg		1	VW E-Up	dto.
BA Harburg		1	VW E-Up	dto.
BA Harburg		1	VW E-Up	dto.
BA Harburg		1	VW E-Up	dto.
BA Harburg		1	VW E-Up	dto.
BA Harburg		1	VW E-Up	dto.
BA Harburg		1	VW E-Up	dto.
BA Harburg		1	E-Smart	dto.

BA Harburg		1	E-Smart	dto.
BA Harburg		1	E-Smart	dto.
BA Harburg		1	E-Smart	dto.
BA Harburg		1	E-Smart	dto.
BA Harburg		1	E-Smart	dto.
BA Harburg		1	E-Smart	dto.
BA Harburg		1	E-Smart	dto.
BA Harburg		1	E-Smart	dto.
BA Harburg		1	E-Smart	dto.
Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung (LGV)	1		Nissan Leaf	September 13
BIS-Polizei	1		VW e-Up	November 13
BIS-Polizei	1		E-Smart	November 13
BIS-Polizei	1		Nissan Leaf	Juli 12
Gewerbeschule Kraftfahrzeugtec hnik	1		E-Smart	Dezember 13
Justiz u. Gleichstellung Strafvollzugsamt; JVA Glasmoor	1		Mitsubishi i- Miev	Juni 13
Justiz u. Gleichstellung Strafvollzugsamt; Sozialtherap. Einrichtung Bergedorf		1	Nissan eNV	ca. Nov. 2014
Technische Universität Hamburg- Harburg	1		Renault Kangoo; 2- sitzig	August 13
Technische Universität Hamburg- Harburg	1		Renault Kangoo, 5- Sitzig	August 13
Landesbetrieb Straßen Brücken, Gewässer (LSBG)	1		Nissan Leaf	Juli 13
Landesbetrieb Straßen Brücken,	1		Nissan Leaf	Juli 13

Gewässer (LSBG)				
Landesbetrieb Straßen Brücken, Gewässer (LSBG)	1		Renault Kangoo	November 13
Landesbetrieb Straßen Brücken, Gewässer (LSBG)	1		Renault Kangoo	November 13
Landesbetrieb Straßen Brücken, Gewässer (LSBG)	1		E-Smart	März 11
Landesbetrieb Straßen Brücken, Gewässer (LSBG)	1		Fiat Fiorino	März 11
Schulbau Hamburg (SBH)	1		Renault Zoe	November 13
Schulbau Hamburg (SBH)	1		Renault Zoe	November 13
BSU - Oberbaudirektor -	1		Nissan Leaf	Juli 13
BSU	1		E-Smart	März 11
BSU	1		Fiat Fiorino	März 11
BSG- Institut für Hygiene	1		Renault Kangoo	November 13
BSG- Institut für Hygiene	1		Renault Kangoo	November 13
BA Hamburg- Nord		1	VW E-Up	Oktober 13
BA Wandsbek		1	VW E-Up	ca. Sept. 2014
BA Wandsbek		1	VW E-Up	ca. Sept. 2014
BA Wandsbek		1	VW E-Up	ca. Sept. 2014
BA Wandsbek		1	VW E-Up	ca. Sept. 2014
BA Wandsbek		1	VW E-Up	ca. Sept. 2014
Finanzbehörde- LIG	1		Volvo V 60 Plug In	14.04. 2014
Finanzbehörde-		1	VW-E-UP	ca. Okt. 2014

LIG				
Landesbetrieb Verkehr	1		VW-E-Up	07.04.2014
Landesbetrieb Verkehr		1	VW-E-Up	ca.. Okt. 2014
Finanzbehörde- LGH		1	Peugeot Partner	sobald als möglich 2014
Finanzbehörde- Steuer		1	Renault Kangoo	10.7.2014
Finanzbehörde- BTS	1		E-Smart	März11-Dez.2014
Finanzbehörde- BTS	1		E-Smart	März11-Dez.2014
Senatsfuhrpark		1	BMW i3 mit Range Extender	ca.. Sept. 2014
BA Eimsbüttel		1	Renault Kangoo	vsl. Okt. 2014
Summen	31	41		

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
 Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

Folgen Sie uns auf Twitter: @FHH_FB

29. August 2014/pr29

Elektroauto als neuer Dienstwagen für Senatskanzlei

Bürgermeister Scholz und Staatsrat Krupp nehmen BMW i3 entgegen

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz und der Chef der Senatskanzlei, Staatsrat Dr. Christoph Krupp, fahren seit heute ein Elektroauto. Gemeinsam holten sie den neuen Dienstwagen der Senatskanzlei – einen BMW i3. Staatsrat Krupp nutzt den Wagen ab sofort für Dienstfahrten im Stadtgebiet. Dem Ersten Bürgermeister steht das E-Mobil nach Bedarf ebenso zur Verfügung.

„Der Ausbau Hamburgs zur E-Mobility-Stadt schreitet fort“, sagte Scholz. Und weiter: „Wenn sich die Lärm- und Luftbelastung durch den Straßenverkehr verringert, verbessert das die Lebensqualität in der Stadt erheblich. Darauf werden wir weiter konsequent hinarbeiten.“

Erik Santer, Leiter der BMW Niederlassung Hamburg, freute sich, „dass Hamburgs Erster Bürgermeister jetzt auch einen BMW i3 fährt – ein Elektroauto, das von Grund auf neu konzipiert wurde, um die urbane Mobilität zu verändern.“

Hamburg will die eigene Vorreiterrolle in der Elektromobilität ausbauen. Im aktuellen Masterplan Klimaschutz verpflichtet der Senat seine Behörden, vorrangig Elektrofahrzeuge einzusetzen. Gleichzeitig will die Stadt weniger herkömmliche Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren anschaffen. Bereits Ende 2014 sollen 70 von rund 240 Behördenfahrzeugen mit Elektroantrieb fahren.

Zudem will die Stadt das Angebot an Ladestationen für E-Fahrzeuge vervierfachen: Aus derzeit 138 Ladesäulen sollen bis 2016 insgesamt 592 werden. Hierzu stellen Hamburg und der Bund insgesamt rund 4,7 Mio. Euro bereit.

Fragen der Medien:

Jan Büchner

Pressestelle des Senats

Tel.: 040 / 428 31 – 21 83

Mail: Jan.Buechner@sk.hamburg.de

26. August 2014/jb26

Jugendarrest in Hamburg

Senat beschließt Entwurf des Vollzugsgesetzes

In seiner heutigen Sitzung hat der Senat den Entwurf des Hamburgischen Jugendarrestvollzugsgesetzes verabschiedet. Darin wird die Grundlage für einen sicheren und erzieherisch ausgestalteten Vollzug des Jugendarrestes in Hamburg gelegt. Der Gesetzentwurf wird nun der Bürgerschaft zur Beratung zugeleitet und soll zum 1. Januar 2015 in Kraft treten.

„Der Jugendarrest soll jungen Täterinnen und Tätern eindringlich bewusst machen, dass sie für das begangene Unrecht einstehen müssen. Mit dem Jugendarrestvollzugsgesetz legen wir dafür die Grundlage. Wir wollen die kurze Zeit des Arrestes dafür nutzen, um mit ihnen zu arbeiten. Es nützt nichts, wenn die jungen Menschen während des maximal vierwöchigen Arrestes keine Straftaten begehen, dann aber dort weitermachen wo sie aufgehört haben. Wir wollen kriminelle Karrieren verhindern und den Jugendlichen das Handwerkszeug für die Zeit nach der Entlassung mitgeben. Im Opfer-Empathie-Training lernen sie beispielsweise, sich in die Lage ihrer Opfer zu versetzen. Im Anti-Gewalt Training wird aggressiven Verhaltensmustern vorgebeugt.“ sagt **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

Das Jugendarrestvollzugsgesetz regelt die inhaltliche Ausgestaltung des Vollzugs und die Voraussetzungen für Eingriffe in die Grundrechte der Betroffenen. Dies betrifft z.B. Durchsuchungen oder besondere Sicherungsmaßnahmen. Mit der gesetzlichen Regelung zieht der Senat die Konsequenzen aus einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2006, wonach es für den – in Hamburg mittlerweile durch das Hamburgische Jugendstrafvollzugsgesetz geregelten – Jugendstrafvollzug einer eigenständigen gesetzlichen Grundlage bedarf. Für den Jugendarrestvollzug haben bisher nur Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ein Jugendarrestvollzugsgesetz verabschiedet.

Der Jugendarrest dient dem Ziel, die Jugendlichen zu befähigen, zukünftig eigenverantwortlich und ohne weitere Straftaten zu leben. Die Jugendlichen sollen dabei unterstützt werden, ihre persönlichen und sozialen Schwierigkeiten zu lösen. Ihre Fähigkeit und ihre Bereitschaft, die Verantwortung für ihr Verhalten zu übernehmen und die notwendigen Konsequenzen für ihr künftiges Leben daraus zu ziehen, soll gefördert werden. Dazu sind ihnen auch die Folgen weiterer Straftaten zu verdeutlichen und die Perspektive des Opfers nahe zu bringen.

Der Jugendarrest wird in Hamburg auf der Elbinsel Hahnöfersand vollzogen. Er wird von Jugendrichterinnen und Jugendrichtern verhängt. Auf der Elbinsel stehen in einem gesonderten Gebäude der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand 20 Arrestplätze (14 männlich, 6 weiblich) zur Verfügung. Die Jugendarrestanstalt wird von einer Jugendrichterin geleitet.

Die Arrestzeit wird intensiv zur positiven erzieherischen Beeinflussung der Arrestanten genutzt. Hierzu gehört ein klar gegliederter Tagesablauf mit engen Vorgaben. In Arbeitsgruppen und Einzelgesprächen arbeiten die Vollzugsbediensteten mit den Jugendlichen. Um einen möglichst auf den erzieherischen Bedarf des Einzelfalles zugeschnittenen Arrestvollzug zu ermöglichen, hält die Jugendarrestanstalt im Rahmen eines stationären sozialen Trainings eine breite Palette von Maßnahmen vor. Dabei arbeitet sie mit Personen und Einrichtungen außerhalb des Arrestes zusammen, damit während der Arrestdauer begonnene Maßnahmen nach der Entlassung möglichst nahtlos fortgeführt werden können. Hierzu gehören insbesondere die Schulen, die Jugendgerichtshilfe, die übrigen jugendamtlichen Dienste sowie die anerkannten freien Träger der Jugendhilfe und die Jugendbewährungshilfe

Ein Jugendarrest darf maximal vier Wochen betragen. Er kann als Freizeitarrest, das heißt Wochenendarrest, als Kurzarrest (bis zu vier Tage) oder als Dauerarrest (1 bis 4 Wochen) verhängt werden. Die Gesamtzahl der durch die Jugendrichterinnen und Jugendrichter verhängten Arreste hat in den vergangenen Jahren abgenommen. Dabei gewinnen Beugearreste eine immer größere Bedeutung. Im vergangenen Jahr 2013 wurden erstmals mehr Beugearreste als Urteilsarreste vollzogen.

Ein Urteilsarrest wird vom Gericht für eine Straftat verhängt, wenn eine Jugendstrafe nicht geboten ist, den Jugendlichen aber eindringlich zu Bewusstsein gebracht werden soll, dass sie für das begangene Unrecht einzustehen haben. Daneben kann Jugendarrest auch als sogenannter Warnschussarrest neben einer Jugendstrafe, deren Vollstreckung oder Verhängung zur Bewährung ausgesetzt wird, verhängt werden. Ein Beugearrest (auch Ungehorsamsarrest genannt) wird angeordnet, wenn Jugendliche zu Verrichtung gemeinnütziger Arbeit verurteilt wurden, dieser Auflage aber nicht nachkommen. Darüber hinaus kommt ein Beugearrest in Betracht, wenn Jugendliche aufgrund einer begangenen Ordnungswidrigkeit wie einer Schulpflichtverletzung eine Geldbuße erhalten haben, diese aber nicht zahlen.

	Gesamtzahl Jugendarrest	Urteilsarreste	Beugearreste insgesamt	davon Beugearreste wegen Schulpflichtverletzungen
2009	525	350	175	0
2010	493	315	178	25
2011	409	256	153	41
2012	438	229	209	34
2013	361	153	208	50

Rückfragen der Medien:

Dr. Thomas Baehr

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

27. August 2014/jb27

Bundeskabinett beschließt Gesetzentwurf

Hamburger Initiative zur Bekämpfung der Hasskriminalität erfolgreich

Das Bundeskabinett hat heute einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der sogenannten Hasskriminalität beschlossen. Der Entwurf entspricht einem Hamburger Vorstoß, wonach hassmotivierte Straftaten künftig schärfer geahndet werden sollen.

„Wir müssen Rechtsextremismus, Rassismus und Intoleranz entschlossen entgegentreten“, erklärte **Justizsenatorin Jana Schiedek**. „Mit der Gesetzesinitiative zur Bekämpfung der Hasskriminalität setzen wir ein Signal, dass die Gesellschaft nicht bereit ist, solche Straftaten zu tolerieren.“

Unter Hasskriminalität werden Straftaten gefasst, die sich gegen eine Person allein oder vorwiegend wegen ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihres Geschlechts, ihrer politischen Orientierung, ihres Alters oder einer geistigen oder körperlichen Behinderung richten. Diese Straftaten verunsichern und verängstigen insbesondere andere Menschen, die sich in der gleichen Situation befinden. Sie müssen befürchten, ebenfalls Opfer entsprechender Taten zu werden.

Mit dem Gesetzentwurf werden menschenverachtende, insbesondere rassistische oder fremdenfeindliche Beweggründe und Ziele des Täters bei der Strafzumessung durch eine Ergänzung des § 46 Strafgesetzbuch besonders berücksichtigt. Damit wird im Strafgesetzbuch ausdrücklich geregelt, dass derartige Motive nach dem Willen des Gesetzgebers strafscharfend wirken.

„Der rassistische oder menschenverachtende Grund für eine Straftat muss bei der Strafhöhe stärker berücksichtigt werden als das bisher mitunter der Fall ist. Die Gesetzesinitiative ist deswegen wichtig und richtig“, betonte **Jana Schiedek**.

Die Hamburger Initiative hatte im Jahr 2012 parteiübergreifend Zustimmung im Bundesrat gefunden, war aber am Widerstand der damaligen Regierungskoalition im Bundestag gescheitert. Der aktuelle Gesetzentwurf der Bundesregierung ist nun Bestandteil der Umsetzung von Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages.

Mit einer Ergänzung des Strafgesetzbuchs setzt Deutschland zugleich eine Empfehlung des Ausschusses zur Beseitigung der Rassendiskriminierungen um. Diesem Ausschuss berichtet Deutschland regelmäßig als Vertragspartner des „Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7. März 1966“. Der Ausschuss unterbreitet seinerseits den Vertragsstaaten Vorschläge und Empfehlungen zur Beseitigung von Diskriminierungen.

Kontakt:

Dr. Thomas Baehr

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

29.8.2014/kb29

Eröffnung der Ohlendorff'schen Villa als Kultur- und Begegnungsstätte in Volksdorf

Unter Beteiligung der Kulturbehörde wurde das Gebäude restauriert und wird morgen an die Stiftung Ohlendorff'sche Villa übergeben

Nach einer umfangreichen Instandsetzung und Restaurierung der neoklassizistischen Villa der Familie Ohlendorff in Volksdorf, wird das Haus ab 1. September als Kultur- und Begegnungsstätte genutzt und künftig von der gemeinnützigen Stiftung Ohlendorff'sche Villa betrieben.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Mit der Restaurierung der Villa Ohlendorff und der damit verbundenen Eröffnung einer Kultur- und Begegnungsstätte ist es gelungen, ein wichtiges Baudenkmal der Stadt Hamburg nicht nur zu erhalten, sondern auch als zentralen Treffpunkt für Volksdorf erlebbar zu machen. Es freut mich außerdem, dass die Ohlendorff'sche Villa Teil des ‚Tages des offenen Denkmals 2014‘ von 12.-14. September sein wird und auch dann einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden kann.“

Andreas Meyer, Vorstandsvorsitzender Stiftung Ohlendorff'sche Villa: „Die Menschen hier erhalten ein prächtiges Kleinod mitten im Ortszentrum – schöner und strahlender als es zu hoffen war. Wir freuen uns sehr und sind dankbar für die Unterstützung durch die Politik, die Verwaltung und vor allem die engagierten Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen Volksdorfs.“

Marc Schauenburg: geschäftsführender Gesellschafter FRANK-Gruppe: „Um das zu schaffen, was wir hier geschafft haben, braucht es viele Akteure mit dem gleichen Ziel. Die Villa dem Dorf wieder zurück zu geben, und sie schöner denn je erscheinen zu lassen. Das war unser Ziel. Auf dem Weg dahin fühlten wir uns manchmal wie der Prinz sich gefühlt haben muss, als er sich zu Dornröschen durch schlug.“

Die Villa wurde 1928 von Hans von Ohlendorff an der Stelle des alten Gutshauses seines Vaters in Volksdorf, Im Alten Dorfe 28 errichtet. Die Architekten Gottfried Schramm und Erich Elingius haben den Bau realisiert, der als historisches Zeugnis der neo-klassizistischen Villen- und Landhausarchitektur der 1920er Jahre gilt.

Hans von Ohlendorff verkaufte die Villa an die Stadt Hamburg, die das Gebäude als Ortsamt der Walddörfer bis zur Strukturreform der Bezirksverwaltung im Jahr 2006 nutzte. Auf Betreiben der Kulturkreis Walddörfer e.V. wird das Haus nun nach dessen Sanierung als Kultur- und Begegnungsstätte genutzt. Die Kindertagesstätte „Kindergarten Volksdorf e.V.“ wird ebenso Einzug in

das Gebäude finden, wie ein Wiener Kaffeehaus. Räume der Villa können ab sofort für Veranstaltungen und für kulturelle Zwecke gemietet werden.

Die Bauarbeiten am Gebäude übernahm die FRANK-Gruppe, die das Gebäude zuvor mit den Flächen des dazugehörigen Parks mit der Auflage erworben hatte, die Villa denkmalgerecht zu sanieren. Die Parkflächen werden für den Wohnungsbau genutzt. Die Gesamtkosten an Umbau- und Renovierungskosten betragen rund 1,6 Millionen Euro. Das Denkmalschutzamt der Kulturbehörde beteiligte sich dabei mit einem Betrag von 112.000 Euro. Die Stiftung Ohlendorff'sche Villa kommt mit 250.000 Euro für die Sanierung auf.

Von besonders hohem Denkmalwert sind insbesondere die Freilegung von verlorenen oder verdeckten historischen Materialien und Oberflächen sowie die Wiederherstellung der ursprünglichen Farbigkeit an der Fassade und in den repräsentativen Innenräumen. Das Denkmalschutzamt betreute die Instandsetzung intensiv mit fachlichen Beiträgen zur Geschichte und Bedeutung des Denkmals, zu Möglichkeiten und Grenzen des Umbaus, zu bauphysikalischen, technischen, restauratorischen und gartendenkmalpflegerischen Fragen.

Informationen über die Stiftung und die Villa Ohlendorff erhalten Sie unter: www.ohlendorffsche.de

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
E-Mail: Enno.Isermann@kb.hamburg.de

Stiftung Ohlendorff'sche Villa

Ernstwalter Clees
Tel.: 040 / 603 59 85
E-Mail: vorstand@ohlendorffsche.de

FRANK Beteiligungsgesellschaft mbH

Clemens Thoma
Pressesprecher
Tel.: 0 40 6 97 11-1135
E-Mail: clemens.thoma@frankgruppe.de

Terminkalender

Vom 1. September bis 7. September 2014

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 01.09.2014

- 09:00** Congress Center Hamburg, Am Dammtor / Marseiller Straße
Bürgermeister Olaf Scholz eröffnet die **Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage** mit einem Grußwort.
- 10:00** Ganztagschule Sternschanze, Altonaer Straße 38
Senator Ties Rabe übergibt die **Bio-Brotboxen 2014**.
- 13:00** Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1
Senator Ties Rabe nimmt an der **Preisverleihung für besonders gelungene Ganztagschulen in Hamburg** und spricht ein Grußwort.
- 13:00** CinemaxX, Dammtorstraße 1
Bürgermeister Olaf Scholz begrüßt gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube, **Auszubildende des neuen Ausbildungsjahrgangs der Deutsche Bahn AG**.
- 18:00** Englische Planke 1
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt an der **Vortragsveranstaltung des Hamburger Grundeigentümergeverbandes** teil.
- 18:00** Block Bräu, Bei den St. Pauli Landungsbrücken 3
Senator Michael Neumann hält beim **Sommerfest Team Hamburg 2016** eine Rede.
- 19:00** Hotel Grand Elysée, Rothenbaumchaussee 10
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich des **Jahresempfangs des Hamburgischen Fußballverbandes** ein Grußwort und überreicht Preise.
- 20:00** Fischauktionshalle
Senator Frank Horch begrüßt die Gäste des Senatsempfangs anlässlich der **Deutsch Brasilianischen Wirtschaftstage**.
- 20:00** Hotel Grand Elysee, Rothenbaumchaussee 10
Senator Michael Neumann nimmt am **Jahresempfang des Hamburger Fußballverbandes** teil.

Dienstag, den 02.09.2014

- 14:00** Handelskammer, Adolphsplatz 1
Staatsrat Volker Schiek hält anlässlich des **Wirtschaftsschutztages des Landesamtes für Verfassungsschutz** eine Rede.
- 15:30** Umspannwerk Alexanderplatz, Volttairestraße 5, 10179 Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich der Vorstellung des Berliner Stadtentwicklungskonzeptes 2030 (BerlinStrategie) im Rahmen des **5. Stadtforums**

Berlin eine Rede.

18:00 Landesvertretung der Freien und Hansestadt Hamburg, Jägerstraße 1 – 3, 10117 Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz ist Gastgeber des traditionellen **Jahresfests der Landesvertretung der Freien und Hansestadt Hamburg**. Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt die Gäste.

Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin Jana Schiedek, Senatorin Jutta Blankau, Senatorin Prof. Barbara Kisseler, Senator Dr. Peter Tschentscher, Senator Frank Horch, Senator Detlef Scheele, Staatsrätin Elke Badde, Staatsrat Dr. Bernd Egert, Staatsrat Andreas Rieckhof, Staatsrat Jan Pörksen, Staatsrat Jens Lattmann und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen teil.

18:30 Universität Hamburg, Hauptgebäude Edmund-Siemers-Allee 1
Staatsrätin Elke Badde spricht anlässlich der **Jahrestagung der Gesellschaft für Gefäßmedizin** ein Grußwort.

Mittwoch, den 03.09.2014

09:30 Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich der **Betriebsrätekonferenz der IG Metall** ein Grußwort.

10:00 Hannover, Heisterbergallee 12
Staatsrat Dr. Bernd Egert spricht anlässlich des **10jährigen Jubiläums der Norddeutschen Kooperation im Gartenbau** ein Grußwort.

10:30 Airbus-Werk, Finkenwerder
Senator Ties Rabe nimmt an der **Auszeichnung „Azubi des Jahres** teil und spricht ein Grußwort.

11:00 Hühnerposten 1, Zentralbibliothek, kleiner Veranstaltungsraum
Senator Detlef Scheele übergibt den **Deichmann-Förderpreis an den Verein der Mentor – die Leselernhelfer Hamburg e.V.**

11:30 Neß 7-9
Senator Dr. Peter Tschentscher spricht anlässlich der **Eröffnung des neuen Commerzbank Geschäftskundenzentrums** ein Grußwort.

19:00 Parkresidenz Rahlstedt, Rahlstedter Straße 29
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht bei der **Eröffnung der 20. Rahlstedter Kulturwochen** ein Grußwort.

19:00 Handwerkskammer Hamburg, Holstenwall 12
Senatorin Jana Schiedek nimmt an der **Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Frauen in Führung! Barrieren, Brücken und die Quote“** teil.

19:00 Katholische Akademie, Herrengraben 4
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht bei der **Festveranstaltung anlässlich des 25jährigen Bischofsjubiläums von Weihbischof Dr. Hans-Jochen Jaschke** ein Grußwort.

19:00 Cap San Diego, Überseebrücke
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich des **Admiralitätsessens der Stiftung Hamburger Admiralität** ein Grußwort.

Donnerstag, den 04.09.2014

- 08:00** Hotel Atlantic Kempinski Hamburg
Staatsrat Andreas Rieckhof spricht beim **10. Tourismuspolitischen Frühstück**.
- 09:30** EBC Hochschule, Esplanade 6
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt hält einen **Impulsvortrag beim Bildungsgipfel des Senats der Wirtschaft**.
- 11:00** Vorplatz Hauptkirche St. Michaelis
Senator Frank Horch eröffnet die **Apfelsaison**.
- 11:00** Justizbehörde, LuV-Gebäude, Im Lichthof, Drehbahn 36
Senatorin Jana Schiedek, Staatsrat Dr. Nikolas Hill und Staatsrat Jan Pörksen nehmen an der **Amtseinführung des Präsidenten des Landessozialgerichts Wolfgang Siewert** teil.
- 12:00** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des **Senatsfrühstücks für die Mitglieder des Berlin ASEAN Committee (Botschafter der ASEAN-Staaten)** ein Grußwort.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.
- 12:00** Ballinstadt, Veddeler Bogen 2
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich der **50 Jahrfeier des Berufsförderungswerkes Hamburg „50 Plus“ – Arbeit und Gesellschaft im Wandel** ein Grußwort.
- 16:00** Heidenkampsweg 81
Staatsrat Jens Lattmann ist zu Gast beim **Sommerfest des ASB**.
- 18:00** Schuppen 52, Australiastraße 52 B
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Verleihung des Deutschen Radiopreises 2014** ein Grußwort.

Senatorin Prof. Barbara Kisseler und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen teil.
- 18:30** The KLU, Großer Grasbrook 17
Staatsrat Dr. Bernd Egert spricht anlässlich des **Wettbewerbs „invention-Gründerpreis der deutschen Familienunternehmen“** ein Grußwort.
- 19:00** Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke 4-6
Staatsrätin Elke Badde nimmt am **Parlamentarischen Abend des MDK Nord** teil.
- 19:00** Hamburger Kunsthalle, Galerie der Gegenwart, 3. OG
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Eröffnung der Ausstellung „Max Beckmann. Die Stilleben“** ein Grußwort.

20:00 Anglo-German-Club e.V., Harvestehuder Weg 44
Senator Michael Neumann nimmt an der **Willkommensfeier für die Hockey-Spieler des Imperial College Hamburg** teil.

Freitag, den 05.09.2014

- 10:00** AK Harburg, Eißendorfer Pferdeweg 52
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Einweihung des Neubaus der Asklepios-Klinik Harburg** ein Grußwort.
- 11:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Verleihung des Körber-Preises für die Europäische Wissenschaft** ein Grußwort.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen teil.
- 12:30** Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich eines **Senatsfrühstücks zur Vergabe des Körber-Preises für die Europäische Wissenschaft** ein Grußwort.
- 14:00** Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Christian-Albrechts-Platz 4, 24118 Kiel
Senator Ties Rabe nimmt an der **Übergabe der START-Stipendien** teil und spricht ein Grußwort.
- 15:00** Bühne vor dem Louisiana, Im alten Dorfe 36
Bürgermeister Olaf Scholz ist zu Gast bei der **Eröffnung des Volksdorfer Stadtteilfestes**.
- 17:00** Aurubis AG, Hovestraße 50
Bürgermeister Olaf Scholz begrüßt den neuen **Ausbildungsjahrgang der Aurubis AG** mit einem Grußwort.
- 18:00** Westwerk, Admiralitätstraße 74
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht bei der **Eröffnung der internationalen „City-Link-Konferenz“** ein Grußwort.
- 19:00** Schöne Aussicht 14
Senator Dr. Peter Tschentscher ist zu Gast beim **4. IVH-Kultursommerabend**.
- 20:00** Schule Burgunderweg, Im Burgunderweg 2
Staatsrat Volker Schiek spricht anlässlich des **125-jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr Niendorf** ein Grußwort.

Samstag, den 06.09.2014

- 11:00** Fuhlsbütteler Damm 115
Senator Michael Neumann hält bei der **Gründungsfeier der Minifeuerwehr Fuhlsbüttel und dem 40-jährigen Bestehen der Jugendfeuerwehr Fuhlsbüttel** eine Rede.
- 13:00** Furtredder 12
Senator Michael Neumann besucht den **Hamburg-Cup anlässlich des 10-jährigen Jubiläums**.

- 17:00** Feuerwehrhaus Freiwillige Feuerwehr Alsterdorf, Maienweg 119
Senator Michael Neumann hält anlässlich des **Jubiläums von Walter Abendroth** eine Rede.
- 18:00** Schwanenwik 38
Senator Dr. Peter Tschentscher spricht anlässlich der Feier zum **25-jährigen Bestehen des Literaturhaus Schwanenwik** ein Grußwort.
- 19:00** Thalia Theater, Theaterbar Nachtasyl, Alstertor
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht beim **Saisoneneröffnungs-Apero des Thalia Theaters** ein Grußwort.
- 19:00** NDR-Nacht der Kirchen-Bühne, Kurze Mühren/Spitaler Straße
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Eröffnung der Nacht der Kirchen** ein Grußwort.
- 20:00** Thalia Theater, Alstertor
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht die **Premiere von „Die Tragödie von Romeo und Julia“**.
- Sonntag, den 07.09.2014**
- 14:00** Twietenkoppel
Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt die **Siegerehrung des Senatspreises der Freien und Hansestadt Hamburg beim Hamburg-Cup der Reitgemeinschaft am Hainesch** vor.
- 14:30** Café SternChance, Schröderstiftstraße 7
Senatorin Jana Schiedek spricht anlässlich des **4. Regenbogenkinderfestes** ein Grußwort.